Stand: 07.12.2025 04:26:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6144

"Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I: Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6144 vom 01.04.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7267 des GP vom 03.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/8551 vom 21.10.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 21.10.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 01.04.2025 **Drucksache 19/6144**

Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass auch Rehakliniken – insbesondere solche mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung – als Träger der praktischen Pflegeausbildung anerkannt werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gemeinsam mit den Trägern des Bundes geprüft wird, ob und unter welchen Voraussetzungen auch Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können.

Begründung:

Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, muss auch die Zahl der ausbildenden Stellen überprüft werden. So sollten auch Rehabilitationseinrichtungen ihren Standort als Lernort anbieten, um dort eine pflegerische berufliche Handlungskompetenz unter der jeweiligen Schwerpunktsetzung der Einrichtung, z. B. geriatrisch, kardiologisch oder neurologisch, zu erlernen.

Um die Zahl der Ausbildungsträger zu erhöhen und den Pflegenotstand abzumildern, wäre eine bundesrechtliche Überprüfung, welche Einrichtungen als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können, von Vorteil. Dies gilt insbesondere für Rehakliniken mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung. Diese sollten als Ausbildungsträger anerkannt werden. Auch sollte der Bund überprüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen auch Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können. Beim Pflegeberufsrecht sowie dem Recht der generalistischen Ausbildung handelt es sich um Bundesrecht.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Da es – je nach Schwerpunkt der Einrichtung – durchaus möglich und sogar wünschenswert ist, bestimmte Rehabilitationseinrichtungen auch als Träger der praktischen Ausbildung vorzusehen, hatte Bayern über den Bundesrat einen Entschließungsantrag im Rahmen der Beratungen zum Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz (PpSG) eingereicht. Ziel war, die Geeignetheit von Rehabilitationseinrichtungen als Träger der praktischen Ausbildung zu überprüfen. Dieser Beschluss wurde im weiteren Gesetzgebungsverfahren jedoch leider nicht berücksichtigt.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 03.06.2025 **Drucksache** 19/**7267**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/**6144**

Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I: Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im zweiten Absatz nach dem Wort „Wohnungslosenhilfe“ die Wörter „und der Wiedereingliederungshilfe“ eingefügt werden.

Berichterstatter: **Stefan Meyer**
Mitberichterstatter: **Matthias Vogler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 20. Mai 2025 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 28. Sitzung am 3. Juni 2025 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern - UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen" auf Drucksache 19/5983 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die endgültige Abstimmungsliste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/45/EU über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und der Richtlinie 2014/47/EU über die technische Unterwegskontrolle der Verkehrs- und Betriebssicherheit von Nutzfahrzeugen, die in der Union am Straßenverkehr teilnehmen
COM(2025) 180 final
BR-Drs. 217/25
Drs. 19/7283, 19/7430

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern
COM(2025) 10 final
BR-Drs. 77/25
Drs. 19/5947, 19/7425

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum 2025-2027
COM(2025) 62 final
BR-Drs. 132/25
Drs. 19/6844, 19/7427

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen nach 2025
01.04.2025 - 24.06.2025
Drs. 19/6343, 19/7434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7434 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz
Öffentliche Konsultation zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems 1 (EHS1)
15.04.2025 - 08.07.2025
Drs. 19/6748, 19/7431

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/7431 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	ENTH	Z

Anträge

6. Antrag des Abgeordneten Jörg Baumann AfD
Abbau von Mehrarbeitsstunden bei der Bayerischen Polizei
Drs. 19/5677, 19/7264 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Bayern – UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen
Drs. 19/5983, 19/7265 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
Hilfe für Menschen in seelischer Not:
Sozialpsychiatrische Dienste in Unterfranken sichern!
Drs. 19/6005, 19/7266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
Drs. 19/6144, 19/7267 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II:
Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken
Drs. 19/6145, 19/7268 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III:
Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern,
Bürokratie abbauen
Drs. 19/6146, 19/7279 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV:
Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen
Drs. 19/6147, 19/7269 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf erheben – öffentliche Schwimmbäder erhalten
Drs. 19/6169, 19/7256 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer u.a. CSU
Digitale Speicherung von Leistungsnachweisen
Drs. 19/6509, 19/7253 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Umweltschäden verhindern:
Aktives Gänsemanagement weiterentwickeln
Drs. 19/6516, 19/7259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von natürlichen Wasserstoffvorkommen in Nordbayern
Drs. 19/6542, 19/7260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

17. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 19/6563, 19/7231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für die Zukunft des Naturschutzes:
Kenntnis der Artenvielfalt sichern – Nachwuchs fördern
Drs. 19/6576, 19/7244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windkraftausbau und Naturschutz gemeinsam anpacken II:
Anerkennung von Anti-Kollisionssysteme für Windenergieanlagen
Drs. 19/6577, 19/7245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsatz für Mengenschwelle für Biogas in der Störfall-Verordnung auf 25.000 kg anheben
Drs. 19/6578, 19/7246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnellerer Umstieg auf Pauschalierung bei der Finanzierung privater Förderschulen
Drs. 19/6583, 19/7254 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!
Drs. 19/6592, 19/7232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Förderung von Tempo 50
Drs. 19/6602, 19/7257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Erwerb von ICE 3 Zügen prüfen
Drs. 19/6603, 19/7255 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

25. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Gebrauchte Züge beim Vergabeverfahren der BEG berücksichtigen
Drs. 19/6604, 19/7258 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Missbräuchliche Umgehung von Sprachtests im Einbürgerungsverfahren wirksam unterbinden!
Drs. 19/6617, 19/7233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen auch in bebauten Randgebieten: Rechtsklarheit und finanzielle Unterstützung für Kommunen schaffen
Drs. 19/6671, 19/7249 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur aktuellen Lage des bayerischen Einzelhandels (insbesondere in strukturschwachen Regionen)
Drs. 19/6684, 19/7261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Forderungen aus Bayern-Ei-Untersuchungsausschuss, ORH-Bericht und Coramentum-Gutachten
Drs. 19/6688, 19/7250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosoziale Hilfen auf eine sichere und nachhaltige finanzielle Basis stellen!
Drs. 19/6690, 19/7270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU
Bericht zu den Ergebnissen der 16. UN-Weltnaturkonferenz in Rom
Drs. 19/6694, 19/7251 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Wirtschaftsentlastungen: Bürokratieabbau bei Melde- und
Dokumentationspflichten nach der DSGVO auf EU-Ebene
Drs. 19/6696, 19/7262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
EU-CO_2-Flottengrenzwerte abschaffen – Keine planwirtschaftlichen
Vorgaben für die Automobilindustrie in Bayern, Deutschland und Europa
Drs. 19/6697, 19/7263 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,
Thomas Holz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
Drs. 19/6698, 19/7252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.10.2025 **Drucksache** 19/**8551**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/**6144**, 19/**7267**

Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass auch Rehakliniken – insbesondere solche mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung – als Träger der praktischen Pflegeausbildung anerkannt werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gemeinsam mit den Trägern des Bundes geprüft wird, ob und unter welchen Voraussetzungen auch Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und der Wiedereingliederungshilfe als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Stefan Meyer
Abg. Andreas Winhart
Abg. Kerstin Celina
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Thomas Zöller

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die **Tagesordnungspunkte 15 bis 18** auf:

Antrag der Abgeordneten
Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern I:
Pflegeausbildung auch in Reha-Kliniken und weiteren Einrichtungen
(Drs. 19/6144)

und

Antrag der Abgeordneten
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern II:
Reha-Kliniken in Krankenhausreform mitdenken (Drs. 19/6145)

und

Antrag der Abgeordneten
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern III:
Wirtschaftliche Situation der Reha-Kliniken verbessern, Bürokratie abbauen
(Drs. 19/6146)

und

Antrag der Abgeordneten
Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prävention stärken, Zukunft der Reha in Bayern sichern IV:

Digitale Transformation in den Reha-Einrichtungen unterstützen (Drs. 19/6147)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Stefan Meyer das Wort. Bitte schön.

Stefan Meyer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einmal miterlebt hat, wie ein Mensch, nach einem Schlaganfall, nach einer Operation oder nach einem Unfall, nach einer Reha wieder auf die Beine gekommen ist, der weiß, was Rehabilitation bedeutet: Reha schenkt Mut, Reha schenkt Selbstständigkeit, und Reha schenkt insbesondere auch Lebensqualität. Das alles ist keine Nebensache, sondern schon auch zentral für unser Gesundheitssystem.

Gerade bei uns in Bayern in den einzelnen Regionen, im niederbayerischen Bäderdreieck, bei den 5 Kurfranken, im Allgäu oder bei den Kliniken am Alpenrand, die Rehakliniken tragen unsere Gesundheitsversorgung mit und sind zugleich – und das möchte ich auch betonen – sehr wichtige Arbeitgeber in der Fläche.

Deshalb haben wir als CSU-Fraktion gemeinsam mit unserem Koalitionspartner diese vier Anträge eingebracht, vier Bausteine, um die Zukunft der Reha zu sichern.

Kommen wir gleich zum ersten Antrag. Hier geht es darum, die Pflegeausbildung in den Rehakliniken zu ermöglichen. Wir alle hier in dem Raum wissen: Ohne Fachkräfte gibt es keine gute Versorgung. Darum fordern wir die Staatsregierung auf, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Reha-Einrichtungen als Träger der praktischen Pflegeausbildung anerkannt werden. Aktuell ist das leider rechtlich nicht möglich, obwohl gerade dort hochwertige pflegerische Arbeit geleistet wird. Zu nennen sind hier unter anderem die Geriatrie, die Kardiologie oder die Neurologie.

Wenn ich in meinen Stimmkreis schaue, nach Bad Füssing und nach Bad Griesbach, und hier die Einrichtungen besuche, dann sehe ich, wie Pflege in der Reha tagtäglich

gelebt wird, nämlich mit Erfahrung, mit Geduld und insbesondere mit Menschlichkeit. Deshalb sagen wir: Wenn wir dem Fachkräftemangel begegnen wollen, müssen wir hier endlich die Ausbildung öffnen, auch für die Reha. Das ist keine neue Baustelle, das ist eine sinnvolle Erweiterung, damit hier mehr Menschen ausgebildet werden, wo Pflege stattfindet.

Ich komme zum zweiten Antrag. Im zweiten Antrag geht es darum, die Rehakliniken in die Krankenhausreform einzubeziehen. Dieser Antrag richtet sich an die Staatsregierung. Es ist ja dieser Sieben-Punkte-Plan verabschiedet worden, der heute schon mehrmals genannt wurde. Wir fordern, dass die Reha-Einrichtungen in die geplanten Regionaldialoge, in die geplanten Strukturkonferenzen im Rahmen der Krankenhausreform einbezogen werden; denn diese Reform – das haben wir im Gesundheitsausschuss oft miteinander diskutiert – wird unser Gesundheitswesen komplett verändern. Wenn wir hier die Reha nicht mitdenken, liebe Kolleginnen und Kollegen, verlieren wir wichtige Schnittstellen; denn Reha ist ein Teil der gesamten Versorgungskette. Wer im Krankenhaus war und entlassen worden ist, braucht im Anschluss oftmals eine Reha. Deshalb müssen Planung und Abstimmung miteinander stattfinden und nicht nacheinander.

Wir wollen, dass die Reha von Anfang an mit am Tisch sitzt, nicht erst dann, wenn schon Entscheidungen getroffen worden sind. Das ist uns auch sehr wichtig. Das stärkt insgesamt die regionale Versorgung und sorgt am Ende dafür, dass die Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt schneller wieder insbesondere wohnortnah betreut werden.

Ich komme jetzt zum dritten Antrag. Darin geht es darum, die Bürokratie abzubauen und die wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Das ist eine weitere Aufforderung an die Staatsregierung, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass die Reha-Einrichtungen finanziell entlastet werden, nämlich durch eine bessere Refinanzierung von Tarifsteigerungen und durch Abbau von unnötiger Bürokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns geht es doch immer so: Wenn wir Reha-Einrichtungen besuchen, bekommen wir immer das Gleiche mitgeteilt: Anstatt Formulare auszufüllen und die ganze überbordende Bürokratie zu beachten, würden wir die Zeit viel lieber für die Menschen einsetzen und uns um die Patienten kümmern.

Deshalb wollen wir, dass sich dies auch ändert. Wir wollen hier gemeinsam Modellregionen schaffen, um praktisch zu zeigen, wie Bürokratieabbau auch geht: ein Formular statt vier Formularen, ein digitales Verfahren statt endloser Papierarbeit. Wenn es dort funktioniert, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es ein Vorbild für ganz Bayern sein. Wir entlasten damit die Einrichtungen. Wir sichern aber insbesondere auch die vielen Arbeitsplätze in der Region und sorgen dafür, dass Geld und Zeit dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden, nämlich bei den Patientinnen und Patienten. Als Modellregionen kann man sich das niederbayerische Bäderdreieck in den Landkreisen Passau und Rottal-Inn oder den Landkreis Bad Kissingen bzw. den Landkreis Rosenheim sehr gut vorstellen.

Im vierten Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Reha-Einrichtungen Zugang zu Förderprogrammen wie unter anderem dem Krankenhauszukunftsfonds bekommen; denn ich möchte betonen: Die Digitalisierung darf bei den Reha-Einrichtungen nicht haltmachen. Wir brauchen funktionsfähige Kliniken, eine moderne IT, sichere Datensysteme und insbesondere eine digitale Schnittstelle von der Akutversorgung zur Pflege, aber dann auch zur Nachversorgung. Bayern – das möchte ich auch betonen – geht mit den Projekten wie "Health Care BY Your Side" bereits voran. Aber wir wollen eben, dass Reha auch ein Teil davon ist, damit die Versorgungskette lückenlos digital unterstützt wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hilft am Ende nicht nur den Einrichtungen, sondern insbesondere auch den Menschen, die sich auf eine reibungslose Betreuung verlassen müssen.

Zum Schluss möchte ich zusammenfassen, dass diese vier Anträge zusammen das Zukunftspaket für Reha in Bayern bilden, nämlich als Erstes die Ausbildung zu stär-

ken, die Pflegeausbildung in der Reha zu ermöglichen, zweitens die Strukturen zu vernetzen, insbesondere auf den Regionalkonferenzen, die ich angesprochen habe. Drittens sollen Bürokratie abgebaut und Modellregionen geschaffen werden. Viertens soll die Digitalisierung gefördert werden, unter anderem durch Zukunftsförderprojekte wie den Krankenhauszukunftsfonds.

Damit machen wir deutlich: Reha ist keine Randaufgabe. Sie ist das Herzstück unserer Gesundheitsversorgung. Sie hilft den Menschen insbesondere nach Krankheit, wieder in den Alltag zu finden. Sie entlastet – das ist mir auch wichtig – unsere Krankenhäuser und unsere Pflegeeinrichtungen und sichert die Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum.

Dies ist unser Auftrag als CSU gemeinsam mit unserem Koalitionspartner. Wir handeln früh, konkret und gemeinsam mit den Regionen; denn Rehabilitation – das möchte ich noch mal betonen – ist mehr als Therapie. Reha bedeutet Lebensmut, Perspektive und auch Würde. Deshalb bitte ich Sie alle zusammen: Stimmen Sie diesen vier Anträgen zu, damit Bayern Reha-Land Nummer eins in Deutschland bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die Fraktion der AfD. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind alle gewillt, die Reha in Bayern weiterhin zu stärken und stark zu halten. Das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in vielen Regionen bei uns. Anerkannte Institutionen sind bei uns tätig. Daher sind wir uns hoffentlich alle in dem Ziel einig, dass wir die Reha erhalten wollen.

Es muss jedem klar sein, dass man nicht alles ambulant lösen kann, was diese Kliniken so leisten. Wir wollen auch weiterentwickeln und schauen, dass wir insgesamt mit

der Reha auf das Niveau von Berufsgenossenschaftskliniken kommen, wo am Schluss die Wiederherstellung der vollen Arbeitsfähigkeit steht, also die volle motorische Genesung des Patienten.

Jetzt haben wir hier diese vier Anträge. Wir haben im Ausschuss bereits zugestimmt und werden auch heute zustimmen, weil die Richtung durchaus die richtige ist.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt mal ganz unter uns: Es ist ein bisschen sehr seichte Kost, was wir hier präsentiert bekommen: Vier Anträge, wo ein paar Spiegelstriche gereicht hätten, und das Ganze dann noch hochzuziehen, ist richtig und wichtig, hätte aber vielleicht nicht sein müssen.

Schauen wir es uns im Detail an. Pflegeausbildung stärken: Ja, wir brauchen mehr Pflegekräfte. Das Problem ist allgemein bekannt. Also müssen wir schauen, wie wir das sonst noch machen können. Wenn die Rehakliniken jetzt zum Träger der praktischen Pflegeausbildung werden, wäre das für uns ein Riesenvorteil, vor allem weil wir einen hohen Bedarf an diesen Pflegekräften haben. Ob das in der Wohnungslosenhilfe auch der Fall sein muss, können wir gerne noch mal diskutieren. Aber es ist immerhin die richtige Stoßrichtung, dass man hier mehr ausbilden will.

Der zweite Antrag ist dieser berühmte Sieben-Punkte-Plan, den wir nicht so gut finden. Aber es stehen andere Sachen drin, nämlich beispielsweise Neustart der Krankenhausreform. Wir haben jetzt bereits die Reform der Reform, die in Berlin diskutiert wird, weil man weiß, dass die Lauterbach‘sche Reform eben nicht das Gelbe vom Ei war. Daher braucht es hier weitere Schritte. Wenn hier die Staatsregierung aufgefordert wird und nicht von alleine draufkommt, dass sie auf Bundesebene mehr tun muss, dann ist das absolut richtig.

Machen wir weiter mit dem dritten Antrag. Da geht es um die wirtschaftliche Situation der Rehakliniken. Das Geld wird nicht mehr werden in der nächsten Zeit. Das heißt, wir müssen schauen, dass wir diese Rehakliniken, die einen so wichtigen Anteil an der gesundheitlichen Versorgung bei uns in Bayern, aber auch in ganz Deutschland

haben, entsprechend schützen vor irgendwelchen Sparmaßnahmen, weil es dann ganz schnell heißen wird: Das kann man vielleicht in einer Kombination aus ambulant und stationär machen, usw. – Nein, genau diese Rehakliniken mit diesem Aufenthalt in der Klinik tragen dazu bei, dass der Heilungserfolg deutlich besser ist.

Bürokratieabbau ist grundsätzlich auch uns von der AfD ein Anliegen. Der Versuch hier, mit Modellprojekten praxisnah das eine oder andere auszuprobieren, trifft unser Ansinnen. Deswegen stimmen wir auch diesem Antrag zu. Nichtsdestoweniger: Etwas konkreter hätte man hier unserer Meinung nach durchaus sein können. Wir haben auch die Enquete-Kommission, über die man vielleicht das eine oder andere zumindest auf bayerischer Ebene hätte anstoßen können. Der große Bürokratieabbauhemmer ist hier in Berlin zu suchen. Auch hier hätte man die Staatsregierung auffordern können, in Berlin tätig zu werden.

Nicht zuletzt haben wir den Antrag zur Digitalisierung. Digitalisierung wird sich sowieso durchsetzen, machen wir uns nichts vor. Aber auch hier gibt es das eine oder andere zu beachten. Es ist gut, dass man hier die Verknüpfung von Haus-, Fach- und Zahnärzten, Apotheken, Kliniken usw. forciert. Wir können bloß immer wieder mahnen und an unsere Anträge im Ausschuss erinnern, wenn es um das Thema IT-Sicherheit geht. Immer wieder sind gerade Kliniken diejenigen, die Opfer oder Anschlagsziel von Kriminellen werden. Wir müssen also die IT-Sicherheit im Blick haben. Nicht zuletzt geht es dabei um die digitale Patientenakte, die ja ganz klar sagt, dass die Daten erst einmal dem Patienten gehören. Wenn der Patient diese Daten nicht freigibt, wird diese Digitalisierung unter Umständen ganz schnell zu einem Ende kommen.

Von dem her: Der Ansatz ist durchaus richtig. Man hätte noch ein Stück weiter gehen können. Aber man kann mit dem zufrieden sein. Ebenfalls richtig ist, dass die Rehakliniken in den Krankenhauszukunftsfonds hineingehören und daraus finanziert werden sollen, weil immer, wenn Geld nach Bayern kommt, ist das gut für Bayern. Deshalb tragen wir das mit. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rehabilitationskliniken sind ein zentraler Pfeiler unseres Gesundheitswesens. Sie helfen Menschen, nach schwerer Krankheit, Unfall oder Operation wieder ins Leben zurückzufinden, körperlich, seelisch und sozial. Sie stehen für Teilhabe, für Lebensqualität, für echte Perspektiven nach der Akutbehandlung. Ohne die Rehakliniken wäre unser Gesundheitssystem unvollständig. Deshalb möchte ich mich zunächst bei all denen bedanken, die in diesem Bereich arbeiten und so vielen Menschen Lebensqualität schenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rehabilitation entlastet Akutkrankenhäuser, beugt Pflegebedürftigkeit vor und stärkt die Selbstständigkeit der Patientinnen und Patienten. Damit leistet sie nicht nur medizinisch, sondern auch volkswirtschaftlich einen wichtigen Beitrag, gerade in einer Zeit des Fachkräftemangels und einer alternden Gesellschaft. Deswegen ist es gut, dass wir heute über dieses Thema reden und verschiedene Facetten aufgreifen.

Zum ersten Antrag: Hier geht es darum, Rehakliniken als Träger der praktischen Pflegeausbildung anzuerkennen und zu prüfen, ob das auch für Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und der Eingliederungshilfe möglich ist. Wir stimmen diesem Antrag zu; denn die Einbindung von Rehakliniken in die praktische Pflegeausbildung ist sinnvoll und überfällig. Das war übrigens schon im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen, konnte aber aufgrund des früheren Zeitablaufs bisher nicht umgesetzt werden. Umso besser, dass die CSU, die unsere Politik in der Ampel-Regierung immer geschmäht hat, auf einmal genau das macht, was wir im Koalitionsvertrag stehen hatten, und damit klarmacht, dass wir die richtigen Ziele verfolgten.

Zum zweiten Antrag: Mit diesem Antrag wird die Unterstützung des Sieben-Punkte-Plans der Staatsregierung und der Neustart der Krankenhausreform gefordert. Die Reha soll verstärkt in die Planung einbezogen werden. An diesem Antrag sieht man, dass die vorliegenden Anträge schon vor langer Zeit geschrieben wurden. Der Neustart in der Krankenhausreform ist auf Bundesebene inzwischen rauf und runter diskutiert worden. Ich hätte mir gewünscht, dass die sprachliche Formulierung an den aktuellen Stand angepasst worden wäre. Aber der Antrag steht nun einmal so zur Abstimmung. Wir lehnen diesen Antrag ab; denn wir brauchen keinen Neustart, sondern wir brauchen eine verantwortungsvolle Umsetzung der Krankenhausreform. Wir appellieren an die Bayerische Staatsregierung, endlich ihre Hausaufgaben zu machen, anstatt die Verantwortung hierfür nach Berlin zu schieben.

Zum dritten Antrag: Hier geht es um die wirtschaftliche Auskömmlichkeit der Rehakliniken, um den Abbau von Bürokratie und um Modellprojekte zur Stärkung der Rehabilitation. Zu diesem Antrag werden wir uns enthalten. Wir stimmen zwar inhaltlich zu; denn natürlich brauchen die Rehakliniken wirtschaftliche Stabilität. Aber die Forderungen in diesem Antrag bleiben sehr vage, und konkrete Maßnahmen fehlen. Darüber hinaus wird der Bürokratieabbau bereits in der Enquete-Kommission auf Landesebene behandelt. Dadurch ist dieser Antrag teilweise überflüssig. Hinzu kommt noch die strukturelle Einbindung der Reha in die Krankenhausplanung. Diese Einbindung, die wir dringend brauchen, fehlt hier völlig. Deshalb halten wir eine Enthaltung für den richtigen Weg.

Zum vierten und letzten Antrag: Dieser befasst sich mit der Förderung von Digitalisierung und von Künstlicher Intelligenz in den Rehakliniken, konkret mit der Unterstützung des Projekts "Health Care BY Your Side". Diesem Antrag stimmen wir zu; denn die Digitalisierung ist natürlich auch in der Reha ein Schlüssel für Effizienz, Qualität und Patientenorientierung. Digitale Reha, Assistenzsysteme, Teletherapie oder KI-gestützte Verlaufsanalysen können große Fortschritte bringen.

Allerdings beschränkt sich dieser Antrag im Wesentlichen darauf, bereits laufende Projekte zu begrüßen, ohne neue Impulse zu setzen. Aber wirkliche Innovation entsteht nicht durch symbolische Unterstützung, sondern durch gezielte Förderung, nachhaltige Finanzierung und Einbindung der Fachpraxis. Trotzdem, der dahinter liegende Grundgedanke ist richtig. Deshalb stimmen wir zu.

Mein Fazit: Rehabilitation ist kein Randthema, sondern ein zentrales Element moderner Gesundheitsversorgung. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Rehakliniken besser in die Versorgungsstrukturen einzubinden, die dortige Ausbildung zu stärken, die Finanzierung zu sichern und die Digitalisierung klug voranzutreiben. Aber das gelingt nicht mit Schlagworten wie "Neustart", die immer wieder zum Thema Gesundheitspolitik gebracht werden, sondern vielmehr Stück für Stück mit verantwortungsvoller, sektorenübergreifender Planung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Landtag schon oft, auch heute wieder, über die Krankenhausreform gesprochen. Zu einer guten medizinischen Versorgung gehören aber auch andere Elemente, zum Beispiel die Prävention und die Reha. Richtig ist, die Rehakliniken leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der Versorgung der Menschen. Deswegen ist es gut, dass wir uns heute mit diesen Anträgen befassen, obwohl wir sie schon im Ausschuss hatten. Die Anträge sind nämlich durch die Befassung im Gesundheitsausschuss tatsächlich besser geworden, weil Sie von uns einen ergänzenden Vorschlag aufgenommen haben, und das bereits zum zweiten Mal.

Dabei geht es um die Pflegeausbildung, die auch in Rehakliniken stattfinden können soll. Dieses Thema haben Sie bereits im Jahr 2022, in der vergangenen Wahlperiode, eingebracht. Im Mai dieses Jahres haben Sie das Thema erneut eingebracht. Das

Anliegen ist grundsätzlich richtig, aber es ist immer noch nicht umgesetzt worden. Die Ampel-Bundesregierung hatte es bereits in ihrem Koalitionsvertrag verankert, kam dann aber nicht mehr zur Umsetzung. Darum ist es sinnvoll, dieses Thema an die neue Bundesregierung heranzutragen.

Ich habe damals wie heute meine Bedenken angemeldet, ob Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe wirklich für die Pflegeausbildung geeignet sind. Diese Skepsis hat teilweise auch das Ministerium geteilt. Dagegen ist die Eingliederungshilfe, also Häuser für Menschen mit teils schweren Behinderungen, vermutlich besser geeignet, weil sie mit mehr pflegerischen Aufgaben betraut ist und weil sie die erforderlichen Strukturen hat, um den Anforderungen, die an sie gestellt sind, gerecht zu werden. Diesen Gedanken der SPD haben Sie dankenswerterweise aufgenommen. Deshalb wollen wir diesen Weg gerne auch weiterhin mit Ihnen gehen.

Das Gleiche gilt für die Bestrebungen, die wirtschaftliche Situation der Rehakliniken zu verbessern. Hier wird es aus unserer Sicht stark darauf ankommen, dass die Tarifsteigerungen beim Personal, die nun einmal lebenswichtig sind, besser berücksichtigt werden.

Auch beim Thema Bürokratieabbau gehen wir mit, obwohl bei diesem Thema konkretisiert werden müsste, was genau abgebaut werden soll. Wir stimmen aber im Grundsatz zu. Auch die Digitalisierung in den Reha-Einrichtungen unterstützen wir gerne.

Der einzige Punkt, bei dem wir nicht mitgehen können, ist der Antrag mit der Forderung nach einem Neustart bei der Krankenhausreform nach dem Motto: Alles zurück auf Los. Das halten wir natürlich nicht für sinnvoll; denn es ist jetzt die Aufgabe des Freistaats, mit den Mitteln der Krankenhausplanung die Reform umzusetzen.

Sie haben immer wieder angemahnt, dass das Land mehr Kompetenzen haben sollte. Diese Kompetenzen bekommen Sie jetzt bei der Reform der Reform. Deshalb sind Sie an dieser Stelle gefordert. Im Moment finden die Regionalkonferenzen statt, bei denen es um die medizinische Versorgung vor Ort geht. Ich will schwer hoffen, dass unsere

Staatsregierung dabei die Rehakliniken nicht vergisst. Wir sind davon ausgegangen, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist und dass es dazu keines eigenen Antrags bedarf.

Wir wollen mit Ihnen zusammen gerne die Reha in Bayern stärken. Das ist gut und richtig. Auf diesem Weg müssen wir vorangehen und dürfen dabei keine Rolle rückwärts machen. Ich danke Ihnen für Ihre Initiative und hoffe, dass wir diese Forderung nicht noch ein drittes oder viertes Mal einbringen müssen; denn jetzt müssen wir tatsächlich in die Umsetzung kommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Thomas Zöller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die vier Anträge wurden schon von Stefan Meyer und meinen Vorrednern vorgestellt. Ich möchte dennoch auf ein paar Punkte eingehen.

Mir geht es um die wirtschaftliche Auskömmlichkeit der Rehakliniken in Bayern. Aus Sicht des Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention würde eine Aufforderung an die Staatsregierung, sich auf Bundesebene für eine bessere wirtschaftliche Auskömmlichkeit der Rehakliniken einzusetzen, das eigentliche Problem der bayerischen Reha-Einrichtungen verfehlen. Dieser Auffassung kann ich nicht ungeteilt zustimmen; denn es ist deutlich erkennbar, dass die Finanzierung von stationären Reha- und Versorgungseinrichtungen nicht mehr durch die Leistungsentgeltvergütungen gedeckt werden kann.

Gerade auch die enorm hohen Energiekosten machen vielen Einrichtungen große Sorge. Ich war mit meinem Kollegen Christian Lindinger in Bad Füssing. Dort wurde uns das auch mitgeteilt. Deshalb sollte eine Aufforderung an die Bayerische Staatsregierung erfolgen, sich auf Bundesebene für eine bessere wirtschaftliche Auskömmlich-

keit der Rehakliniken einzusetzen, damit Bayern Reha-Land Nummer eins in Deutschland bleibt.

Zur Bürokratie: Die Last der Bürokratie, die auch auf der Rehabilitation lastet, verschärft die Situation, die durch die unterschiedlichen Kostenträgerstrukturen zwischen Renten-, Pflege- und Krankenkasse und damit einhergehende unterschiedliche Qualitätsvorgaben weiter erschwert wird.Ansatzpunkte für Entbürokratisierung dürften weniger im Bundesrecht, sondern eher im Vertragsrecht zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Reha-Einrichtungen zu finden sein. Von daher scheint ein Austausch zwischen den Sozialversicherungsträgern und den Reha-Einrichtungen durchaus erfolgversprechend.

Ich setze auf unsere Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau. Als Modellregionen, wo wir das vielleicht einmal vordenken könnten, kommen das Bäderdreieck in den Landkreisen Passau, Rottal-Inn, der Landkreis Bad Kissingen und der Landkreis Rosenheim in Betracht. Bürokratieabbau gelingt auch durch möglichst gute Digitalisierung. Alles, was digital geht, sollten wir unbedingt angehen. Das kann helfen.

Der Pflegenotstand wurde hier schon öfter thematisiert. Wir brauchen Fachkräfte in der Pflege. Die Staatsregierung ist aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass auch Rehakliniken – und ich finde es sehr gut, Frau Kollegin Waldmann, dass Sie das auch in den Gesundheitsausschuss eingebracht haben –, insbesondere solche mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung, als Träger der praktischen Pflegeausbildung anerkannt werden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gemeinsam mit den Trägern des Bundes auch geprüft wird, ob und unter welchen Voraussetzungen auch Einrichtungen der Wohnungslosen- und der Wiedereingliederungshilfe als Träger der bayerischen Ausbildung anerkannt werden können.

Um die Zahl der Ausbildungsträger zu erhöhen und den Pflegenotstand abzumildern, wäre eine bundesrechtliche Überprüfung, welche Einrichtungen als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können, von Vorteil. Dies gilt insbesondere für Rehakliniken mit neurologischer, geriatrischer und kardiologischer Schwerpunktsetzung. Das hatte ich ja schon erwähnt. Diese sollten als Ausbildungsträger anerkannt werden.

Der Fachkräftemangel in der Pflege ist eine Zukunftsaufgabe, welche wir bundesweit und länderübergreifend mit einheitlichem Muster angehen müssen. Dazu gute Voraussetzungen zu schaffen, eröffnet neue Wege im Bereich eines neuen Personenkreises, welche sich aus der Eingliederung von Migranten, der dringend nötigen Zuwanderung, die wir auch in der Pflege brauchen, und vor allem aufgrund der Diskussion um die Wehrpflicht für Zivildienstleistende ergeben können. Zum guten Schluss sollte der Bund überprüfen, ob und unter welcher Voraussetzung, wie schon gesagt, auch Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe als Träger der praktischen Ausbildung anerkannt werden können, da sich der Kreis der betreffenden Hilfeempfänger ständig erweitert.

Wir haben es schon ein paarmal gehört: Reha stärkt Prävention. Wenn man sieht, dass jemand nach einer Knie-OP, nach einer Hüft-OP oder nach einer anderen OP durch eine gute Reha schnell wieder zu Hause sein kann, wenn man sieht, dass gerade ältere Menschen wieder allein und selbstbestimmt zu Hause leben können, ist die Unterstützung der Reha eine tolle Sache. Deshalb und auch unter dem wichtigen Punkt, dass die Reha die Prävention so extrem stärkt, bitte ich um Zustimmung zu allen Anträgen. Wir FREIEN WÄHLER unterstützen dies ausdrücklich.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Antrag auf Drucksache 19/6144 ab. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt Zustimmung zum Antrag mit der Maßgabe, dass im zweiten Absatz nach dem Wort "Wohnungslosenhilfe" die Wörter "und der Wiedereingliederungshilfe" eingefügt werden.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER mit der genannten Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Somit ist der Antrag angenommen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die restlichen drei Anträge gemeinsam abzustimmen. Zugrundegelegt werden hier die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten. Somit ist diesen drei Anträgen zugestimmt worden.